

...die Erleuchtung blieb aus

Am 4. und 5. Oktober fand in Sion der Kongress des *Christlich-nationalen Gewerkschaftsbundes der Schweiz* (CNG) statt. Der erste Teil des Kongresses war dem Thema *„die Zukunft der Gewerkschaften“* gewidmet. Die Diskussion darüber scheint um einiges ehrlicher zu sein, als die im *„roten Schweizerischen Gewerkschaftsbund* (SGB).

Von Bruno Bollinger

Im CNG wird nicht verschwiegen, dass die Gewerkschaften Mitglieder verlieren und Mühe haben, neue Schichten anzusprechen. Die Probleme werden bei den Christlichen zumindest offen auf den Tisch gelegt, während man beim SGB immer noch daran ist, sich selber Sand in die Augen zu streuen. Es wird versucht, statistisch nachzuweisen, dass wegen der Arbeitsplatzverluste der gewerkschaftliche Organisationsgrad gestiegen sei, die Gewerkschaften infolgedessen stärker geworden seien (s. *„Gewerkschaftliche Rundschau“*, Heft Nr. 5, Sept./Okt. 1985).

Dem Willen, sich verstärkt um die gewerkschaftliche Erfassung von neuen Sektoren zu kümmern, entsprang am CNG-Kongress der Vorschlag, zusammen mit dem SGB und den Angestelltenverbänden ein permanentes Koordinationsgremium zu bilden. Dieser Vorschlag wurde jedoch von der Rechten im CNG heftig kritisiert. Diese klammert sich immer noch ans *„hohe C“*, währenddem die Führung festhält, dass sie die Verbindung mit den Christlichsozialen verstärken möchte, mit der CVP jedoch immer mehr auf Distanz gehen wolle.

Gute Unternehmer – schlechte Funktionäre?

Wo aber auch die CNG-Delegierten keine *„Erleuchtung“* fanden, war die Frage der gewerkschaftlichen Strategie, die erlauben wird, die Zukunft zu meistern und die neuen Sektoren zu organisieren. Auch der CNG hält an der *„altbewährten“* Strategie der Sozialpartnerschaft und des Arbeitsfriedens fest. Allerdings mit Präzisierungen, so der wiedergewählte CNG-Präsident *Guido Casetti* in einem Interview mit der *„LNN“* vom 3.10.85: *„Es gibt in der Schweiz gute Arbeitgeber,*

aber schlechte Arbeitgeberorganisationen. Es sind weniger die Unternehmer, die Lösungen blockieren, sondern es sind die Funktionäre der Arbeitgeber, die eine Mentalität aufweisen, der ich Gesprächsbereitschaft und Dialogfähigkeit abspreche.“

Auch dort, wo es um konkrete Vorschläge ging, blieb der CNG schwammig. So vermied es die Führung, den Delegierten die Unterstützung der SGB-Arbeitszeitverkürzungs-Initiative zur Abstimmung vorzulegen. Zwar wurden von seiten der Delegierten des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes (CMV) zur

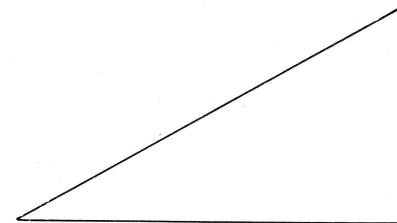
Arbeitszeitverkürzungsfrage einige Anträge eingebracht. Gegen den Willen der Führung kam der Antrag durch, dass Arbeitszeitverkürzungen nur bei vollem Lohn zu akzeptieren seien.

Diskussion um Arbeitszeitverkürzung

Die Arbeitszeitverkürzung als wichtige Forderung steht auch im Zentrum eines sehr interessanten Diskussionsbeitrages des welschen *Centre romand des travailleurs* (CRT). *„Heute die Emanzipation der Werktätigen von der Lohnarbeit voranzutreiben heisst, die Dauer der Lohnarbeit zu reduzieren.“* Der alternative Text der Linkstendenz um die CRT wurde von den CNG-Sektionen Freiburg, Genf und Jura unterstützt. Der Text hält in der Einleitung fest: *„Die Herab-*

setzung der Arbeitszeit, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Erhöhung der Löhne genügen nicht: Wir müssen die Organisation der Arbeit in Frage stellen, ihren Platz im menschlichen Leben neu definieren, die Kontrolle der Werktätigen über Inhalt und Bestimmung der Arbeit einführen.“

Welche Strategie jedoch bereits heute eingeschlagen werden sollte, um diese Ziele zu erreichen, wird von der CRT allerdings vage gehalten. Um den Arbeitsfrieden scheint auch im CNG allgemeiner Waffenstillstand zu herrschen.



Nachtdemo gegen Nachtarbeit

Regierungsrat geweckt

Neuenburg, 1. Oktober 1985, 20 Uhr: *„Tagwacht, äs isch Zyt für ga z'schaffe!“* Dieser Ruf schallte durch die Altstadt. Wer sollte um diese Zeit geweckt werden?

Von P.Y. Oppikofer

„Thomke, Arnold, an die Arbeit!“ riefen die hundert DemonstrantInnen auf ihrem Weg Richtung Schloss, wo der Regierungsrat zu tagen pflegt. Dabei trugen sie eine grosse Kartonfabrik mit sich, über der ein Transparent hing mit der Aufschrift: *„ETA sucht Sklaven für eine Arbeitswoche von 24 auf 24 Stunden, 7 auf 7 Tage.“*

An Leinen gebundene *„Sklaven“* trugen *„Sandwiches“*, auf denen die Gründe gegen die Nachtarbeit standen.

Privat- oder Allgemeininteresse?

Um 20.15 Uhr kamen die Demonstranten vor den Toren des Schlosses an. Dort gaben sie eine von 2200 Personen unterschriebene Petition und einen von 262 Persönlichkeiten unterzeichneten Appell ab. Petition und Appell verlangten eine energische Intervention des Regierungsrates bei der ETA-Marin, um deren Vorstösse gegen die Gewerkschaftsrechte zu verurteilen und die Wiedereinstellung der entlassenen ArbeiterInnen, insbesondere des Vizepräsidenten der Betriebskommission, zu verlangen. Sie verlangten weiter, dass der Regierungsrat seine positive Haltung zur Nachtarbeit ändere und dem Biga ein entschiedenes Nein zu einer möglichen Abweichung von der Konvention 89 des Internationalen

Arbeitsamtes, das die Nachtarbeit für Frauen verbietet, empfiehlt.

Eigentlich wollten die DemonstrantInnen die *„Nachtschicht“* des Regierungsrates treffen. Aber der Abwart, der sie empfing, teilte mit, dass er als einziger hier 24 auf 24 Stunden präsent sei. In einer kurzen Rede sagte *Marianne Ebel*, Präsidentin des *Komitees Arbeit und Gesundheit*: *„Wir verlangen vom Regierungsrat, nicht die Privatinteressen eines Unternehmens auf Kosten des Allgemeininteresses zu bevorzugen . . . Wir haben keine ‘Conseillers d'ETA, sondern d'état’* gewählt.“* Petition und Appell wurden dann dem Abwart übergeben, der sie den Absentismus übenden Regierungsräten weiterleitete.

Der Erfolg der Petition, deren Unterschriften in einem Monat zustande kamen, erklärt sich aus

der breiten Opposition gegen die Nachtarbeit. Die Unterschriften waren vor allem vor den Fabrikatoren gesammelt worden. Bei der Favag standen mann und frau Schlange, um zu unterschreiben. Bei der ETA-Marin haben 221 ArbeiterInnen ihre Unterschrift gegeben.

All jene, die vorgeben, die ArbeiterInnen-Interessen zu vertreten, aber vor jedem Unternehmerdruck nachgeben, werden schlechte Falle machen, wenn sie jetzt nicht auf die Hinterbeine stehen. Am 19. September fing das Komitee Arbeit und Gesundheit Bundesrat *Furgler* vor den Fabrikatoren der ETA-Marin ab (vgl. die letzte bresche vom 14. Oktober).

Am 1. Oktober suchte es die Regierungsrätliche *„Nachtschicht“* auf. Am 15. Oktober musste *Pierre Arnold* Red und Antwort stehen. Die Industriellen und die Nachtarbeit befürwortenden PolitikerInnen haben noch einige schlaflose Nächte vor sich.

* Conseiller d'ETA heisst ETA-Verwaltungsrat, Conseiller d'état Staatsrat, der welsche Begriff für die kantonale Exekutive.